

REZEPTSAMMLUNG TROTZ VERSANDHANDELSERLAUBNIS UNZULÄSSIG

Erneut wurde gerichtlich entschieden, dass die Erteilung einer Versandhandelserlaubnis es nicht rechtfertigt, ohne Genehmigung eine Rezeptsammelstelle zu betreiben, wenn sich deren Betrieb nicht als Versandhandel darstellt, sondern dem Bereich der stationären Präsenzapotheke zuzuordnen ist.

Urteil des OLG Hamm vom 30. November 2017, Aktenzeichen: 1-4 U 170/16

Eine Apothekenleiterin hatte unmittelbar vor der Eingangstür einer Arztpraxis eine Rezeptsammelbox aufgestellt, in die außer Rezepte auch Bestellscheine für rezeptfreie Arzneimittel eingeworfen werden konnten. Es erfolgte zudem der Hinweis, dass die Arzneimittel noch am selben Abend nach Hause geliefert werden, wenn der Einwurf bis 14:00 Uhr erfolge. Eine Genehmigung zum Betrieb dieser Rezeptsammelstelle lag nicht vor.

Die Wettbewerbszentrale hatte daraufhin ein Verfahren gegen die Apothekenleiterin wegen des nicht genehmigten Betriebs einer Rezeptsammelstelle gemäß § 24 Abs. 1 ApBetrO angestrengt. In der ersten Instanz vor dem Landgericht Bochum hatte die Apothekenleiterin noch obsiegt, da das Landgericht Bochum allein aufgrund der erteilten Versanderlaubnis von dem Betrieb einer sog. „Pick-up-Stelle“ im Rahmen des Versandhandels ausgegangen war. In dem zweitinstanzlichen Verfahren vor dem OLG Hamm wurde das Urteil des Landgerichts Bochum abgeändert und die Apothekenleiterin mit Anerkenntnisurteil zur Unterlassung des Betriebs der Rezeptsammelbox im Hausflur vor der Arztpraxis verurteilt und ihr für jeden Fall der Zuwiderhandlung die Verhängung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000,00 € angedroht.

Das OLG Hamm war der Auffassung, dass es sich bei der Sammelbox um eine nicht genehmigte Rezeptsammelstelle im Sinne des § 24 Abs. 1 ApBetrO handele, da deren Betrieb sich nicht als Versandhandel darstelle. Versandhandelstypisch seien Bestellungen per Mail, Fax, Internet sowie ferner Bestellkataloge; dies war jedoch bei der in Rede stehenden Sammelbox nicht gegeben. Vielmehr sei die Sammelbox erkennbar darauf angelegt, den Umsatz der Präsenzapotheke zu steigern. Auch die von der beklagten Apothekenleiterin in Erwägung gezogene Auslieferung über einen Logistiker – anstelle der bis dahin erfolgten Zustellung durch Boten der Apotheke – ändere nach Auffassung des OLG Hamm daran nichts. Darüber hinaus sah das OLG Hamm in dem vorliegenden Fall auch einen Verstoß gegen § 24 Abs. 2 ApBetrO, wonach Rezeptsammelstellen u. a. nicht bei Angehörigen der Heilberufe unterhalten werden dürfen. Aufgrund der Platzierung der Sammelbox unmittelbar vor der Tür zur Arztpraxis sei nach Auffassung des Gerichts der Tatbestand des nicht zulässigen Betriebs der Rezeptsammelstelle „bei Angehörigen der Heilberufe“ erfüllt gewesen.